

INTERVIEW RAUL KRAUTHAUSEN

„Behinderte sind der Politik nicht wichtig genug“

Der Inklusions-Aktivist spricht vor dem Festakt des Vereins „Miteinander leben lernen“ über Hürden und Aussagen, die ihn nerven.



Raul Krauthausen ist eine der bekanntesten deutschen Stimmen, wenn es um die Inklusion behinderter Menschen, Barrierefreiheit und Teilhabe geht. Nächste Woche kommt er nach Saarbrücken.

FOTO: IMAGO/PHOTOTHEK

SAARBRÜCKEN | Der Saarbrücker Verein „Miteinander leben lernen“ besteht seit 40 Jahren. Damals haben sich Eltern zusammengeschlossen, um Inklusion voranzubringen. Zum Festakt am 26. Juni im Saarbrücker Schloss kommt der Aktivist für Inklusion und Barrierefreiheit Raul Krauthausen nach Saarbrücken. Titel seines Vortrages: „Wer Inklusion will, findet einen Weg. Wer sie nicht will, findet Ausreden“. Wir haben mit ihm über Inklusion gesprochen: über Rechte, Pflichten und Hindernisse.

Herr Krauthausen, 2009 wurde die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen (UN) ratifiziert. Es geht um „gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen, in allen Lebensbereichen auf der Basis gleicher Rechte.“ Ende August 2023 hat die UN die Umsetzung in Deutschland überprüft. Ergebnis: Vor allem im Bereich „Barrierefreiheit“ ist noch viel zu tun. Und das nach 14 Jahren. Warum geht es mit der Inklusion nicht besser und somit auch schneller voran?

KRAUTHAUSEN Da müsste man eigentlich die Verantwortlichen fragen. Politikerinnen und Politiker müssten die Umsetzung der Gesetze verpflichtend machen. Auch wenn wir uns andere Rechte anschauen, Frauenrechte, Kinderrechte, ist nicht immer deckungsgleich, was Deutschland ratifiziert hat und was umgesetzt wird. Die Situation wird wahrscheinlich auch nicht besser in den nächsten Jahren. Politikerinnen und Politiker haben Krisen zu verwalten und benutzen diese, um andere Dinge nicht anzugehen. Zum Beispiel momentan das Thema Mieten. Damit sehr schnell gebaut werden

kann, wird versucht, die Auflagen für Barrierefreiheit zu schwächen. Oder Klimaschutz. Da heißt es dann, wir müssen uns zunächst mal um das Klima kümmern, bevor wir Menschen mit Behinderung helfen. Das ist ein großes Problem, dass wir seit Jahren eine Politik haben, der Menschen mit Behinderung nicht wichtig genug sind. Oder es passiert nur das, was getan werden muss, weil die EU das vorschreibt.

Der Titel Ihres Vortrages, den Sie in Saarbrücken halten werden, lautet „Wer Inklusion will, findet einen Weg. Wer sie nicht will, findet Ausreden“. Das ist auch der Titel Ihres Buches. Was ist denn aus Ihrer Sicht die meistgebrauchte Ausrede?

KRAUTHAUSEN Die am meisten gebrauchte Ausrede, die mich inzwischen massiv nervt, ist: Wir müssen die Barrieren in den Köpfen senken. Das ist so ein Satz, bei dem alle nicken und alle klatschen, aber er lässt komplett offen, was wir als Nächstes tun sollen. Und wenn man dann fragt, was sollen wir denn als Nächstes tun, dann ist erst mal Schweigen im Wald. Ich beobachte, dass diesen Satz ausschließlich nicht-behinderte Menschen sagen. Ich glaube, ein Teil des Problems ist, dass wir nicht konkret gucken, was können wir tun, sondern dass wir uns hinter Aussagen verstecken wie: Man sei dafür nicht ausgebildet, man sei noch nicht so weit. Anstatt einfach mal loszulegen.

Sie sind am 26. Juni im Saarland, um bei der Feier zu 40 Jahre Miteinander leben lernen (MLL) zu sprechen. Was wünschen Sie dem Verein zu seinem Jubiläum?

KRAUTHAUSEN Dass sie weitere 40 Jahre an der Sache arbeiten, dass sie viele, viele Mitstreiter und Mitstreiterinnen finden, dass sie ernst genommen werden von der Politik, in Zukunft immer mehr, auch im Saarland und dass wir es gemeinsam hinkriegen – Eltern, Pädagogen und Pädagoginnen, Behinderte und Nichtbehinderte, dass es gute Schulen und somit gute Bildung gibt.

Was empfehlen Sie dem Verein für die Zukunft? Gibt es Strategien, die Sie bei Ihrer Arbeit erfolgreich eingesetzt haben?

KRAUTHAUSEN Eine Strategie, die ganz gut funktioniert, ist, Menschen

mit Behinderung für sich selbst sprechen zu lassen. Und den Leuten, die bisher nicht gehandelt haben, vor Augen zu führen, um wen es eigentlich geht. Es ist auch wichtig, Bündnisse zu schmieden. Auch Kinder mit Migrationshintergrund haben ein Recht auf gute Schulen. Vor allem haben auch nicht-behinderte Kinder ein Recht auf gute Schulen. Und wenn wir gemeinsam für gute Schule kämpfen, dann können wir eine Menge von Inklusionspädagogik lernen. Zum Beispiel, dass wir 90 Prozent der Probleme lösen könnten mit kleinen Klassen und mehr Pädagogen. Das steht nicht nur Kindern mit Behinderung zu, sondern auch Kindern ohne Behinderung. Wir brauchen Klassen mit höchstens 25 Kindern und zwei Lehrern beziehungsweise Lehrerinnen. Wir dürfen nicht darauf warten, dass alle Lehrer und Lehrerinnen Inklusion gelernt haben. Das dauert bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Wir müssen Lehrer und Lehrerinnen dabei unterstützen, auch Kinder mit Behinderungen zu unterrichten, auch wenn sie sagen, sie seien dafür nicht ausgebildet. Eltern behinderter Kinder waren vorher auch nicht ausgebildet.

Sie plädieren also für „eine Schule für alle“. Und eine Schule mit kleinen Klassen, in denen nicht nur Lehrer und Lehrerinnen, sondern zum Beispiel auch Sozialarbeiter sich um die Kinder kümmern?

KRAUTHAUSEN Genau. Nehmen wir mal Kinder, deren Eltern Alkoholiker sind oder deren Eltern sich gerade getrennt haben. Auch die profitieren von einer Schule, die auf die Kinder achtet. Und nicht nur die Kinder mit Behinderungen. Es wird oft so getan, als sei Inklusion ein Akt der Nächstenliebe Menschen mit einer Behinderung gegenüber.

Was sagt das Ihrer Meinung nach über unsere Gesellschaft aus?

KRAUTHAUSEN Es ist eine Form des Paternalismus, (Handlungen, die

GEGEN | dessen Willen auf das vermeintliche Wohl eines anderen ausgerichtet sind, Anm. d. Red.) christlich geprägt, der nicht auf Augenhöhe ist.

Wagen wir einen Blick in die Zukunft. Wo stehen wir in zehn Jahren in Sachen Inklusion?

KRAUTHAUSEN So wie es aussieht, werden wir zehn Jahren vermehrt Möglichkeiten haben, zu klagen, wenn gegen die Behindertenkonvention verstoßen wird. Das könnte am Ende dazu führen, dass die Welt barrierefreier wird.

Heißt das, Sie setzen nicht auf Einsicht, auf gesellschaftliche Veränderung durch Einsicht, sondern darauf, dass Einsicht über den Klageweg erreicht wird.

KRAUTHAUSEN Ja. Genauso wie es bei der Frauenquote in Unternehmen nicht mit Einsicht funktioniert hat oder bei der CO₂-Emission, sondern immer nur dann, wenn es gesetzlich reguliert wird.

DIE FRAGEN STELLTE ILKA DESGRANGES.